

Stimmen zum Studiengebührenboykott 2008

RÄ

TE

TÄ

Ausgabe 54



Wir haben sehr viel Zuspruch für unseren Boykott erhalten und möchten mit dieser Ausgabe des Rätetä einige der Grußbotschaften aus dem universitären Umfeld gesammelt veröffentlichen.

Wir danken allen UnterstützerInnen für ihre Hilfe in unserem Kampf gegen die Studiengebühren.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Grundsätzliches zum Thema Studiengebühren	4
Zur Verteilung der Studiengebühren	8
Siegfried Nold Anwalt des Tübinger Treuhandkontos	10
Unterstützung von PD Herbert Truckenbrodt Ph.D	11
Personalrat der Universität Tübingen	13
Grußadresse Prof. Dr. Gert Ueding (Rhetorik)	14
Grußwort apl. Prof. Dr. Ute Planert (Geschichte)	15



Vorwort

Im Arbeitskreis Freie Bildung, der den aktuellen Studiengebührenboykott durchführt, haben wir in letzter Zeit immer wieder den Vorwurf gehört, dass wir uns zu sehr auf eine Kritik an der Verteilung der Gebühren konzentrieren. Teilweise ging es so weit, dass uns Einzelne vorgeworfen haben, uns ginge es nur darum, unsere „Investitionen“ sinnvoll verwendet zu sehen. Das ist Unsinn. Genauso unsinnig ist die Behauptung, wir würden Studiengebühren grundsätzlich akzeptieren, wenn wir ihre Verwendung kritisieren. Ebenfalls Quatsch ist der Vorwurf, wir würden Studiengebühren nicht im Kontext anderer Hochschulreformen sehen. Um klarzustellen, dass wir Stu-

diengebühren in einem größeren Zusammenhang sehen, haben wir uns von „AK Studiengebühren“ in „AK Freie Bildung“ umbenannt.

Wir sind, waren und werden immer grundsätzlich gegen Studiengebühren sein, und wir wissen sehr wohl, warum. Vielleicht war das für viele von uns zu selbstverständlich, so dass wir es zu wenig in den Vordergrund gerückt haben. Denn die Gebühren sind inzwischen ein erdrückendes Faktum, um das man nicht herumkommt. Und es läuft einfach auch in der konkreten Umsetzung eines falschen Gesetzes so viel falsch, dass wir darüber sprechen müssen. Und man muss auch sagen, dass die Argumentation auf dieser Ebene viel einfacher ist, weil sie viel leichter zu verstehen ist.

In diesem Heft findet ihr eine kurze grundsätzliche Betrachtung unseres Themas, abgesehen davon wird es vor allem Beiträge „von außen“ geben, wir dokumentieren Positionen von Professoren, Dozenten, von Personalrat und Studienkommissionen etc. Die Autoren haben nicht unbedingt die gleichen Positionen wie wir, aber das ist in Ordnung. Und das gilt auch für euch. Warum auch immer ihr gegen Studiengebühren seid, und egal, ob es nur die aktuellen, konkreten Baden-Württembergischen sind: unterstützt den Boykott. Zahlt aufs Treuhandkonto ein, einen besseren Protest gegen diesen Unsinn gibt es nicht.



Euer AK Freie Bildung



**Impressum:
Fachschaften-Vollversammlung (FSVV)**

Wilhelmstraße 30, 72074 Tübingen
Tel: 07071 / 2 13 46, Fax: 07071 / 2 11 62

www.fsrvv.de, Kontakt über fsrvv@fsrvv.de

Diese Rätetä-Ausgabe wurde vom AK Freie Bildung betreut, ausgearbeitet wurde sie durch den AK Bessere Welt.
Die Fachschaften Vollversammlung ist
V.i.S.d.P.

Wo liegt das Problem ?

Grundsätzliches zum Thema Studiengebühren

Studiengebühren sind der wichtigste Schritt in einem radikalen Umbau der deutschen Universitäten, der viel mehr bedeutet als die 500€, die du nun nicht mehr selbst ausgeben kannst. Thomas Demmel fasst zusammen.

Natürlich brauchen die Hochschulen mehr Geld. Doch das haben nicht die zu verantworten, die jetzt die Haushaltslöcher stopfen sollen, sondern jene, die über die Verteilung der Gelder entscheiden. Die Unterfinanzierung der Hochschulen ist eine politische Entscheidung, nichts weiter. Doch Studiengebühren sind mehr. Und selbst wenn es tatsächlich nicht genug Geld zu verteilen gäbe: Wenn wir schon arm sind, wollen wir dann auch noch dumm werden? Studiengebühren haben soziale, gesellschaftliche und bildungspolitische Auswirkungen, die sich nicht so einfach in Euro umrechnen lassen.

Gebühren sind ungerecht

Zynisch ist die Argumentation des Landes, dass Studiengebühren als Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit sieht: Der Automechaniker muss seine Ausbildung ja auch selbst bezahlen, dazu soll er dann nicht auch noch das Studium des Arztsohnes finanzieren. Die Frage, wo hier das Problem eigentlich liegt, wird nicht weiter erörtert.

Dieser Logik folgend ist zuerst einmal der weniger vermögende Sohn des Automechanikers wesentlich stärker von Studiengebühren betroffen als der des Arztes. Wer aber die Eltern für die Finanzierung des Studiums ihrer Kinder verantwortlich macht, fordert natürlich keine Gerechtigkeit. Denn entweder brauchen wir reiche Eltern für alle oder wir müssen andere Wege finden, um gleiche Chancen für die zu schaffen, die studieren wollen. Gleiche Studiengebühren für Menschen mit ungleichen finanziellen Möglichkeiten sind da sicher kein guter Anfang.

Die Gebühren werden sich zudem weiter auf die Studierendauer auswirken: Schon jetzt brauchen ärmere Studierende länger für ihr Studium, unter anderem weil sie nebenher arbeiten müssen. Allgemeine Studiengebühren werden ihre Lage verschärfen, die schon mit den „Langzeit“-Studiengebühren verschlechtert wurde. Und da Studiengebühren immer bedeuten, dass man sich Bildungsbeteiligung durch Geld erkaufen muss, kann kein Modell für Studiengebühren gerecht sein.

Gebühren schrecken auch deshalb natürlich viele intelligente Menschen vom Studium ab. Das zeigt sich auch hier in Deutschland schon eindrucksvoll: In den Ländern, in denen Gebühren eingeführt wurden, gab es weit weniger Neuimmatrikulationen als in den gebührenfreien Ländern. Ob man nun hochqualifizierte Arbeitskräfte oder die Bildung der Massen fordert: Wer nicht für eine Verdummung der Gesellschaft ist, kann nicht für Studiengebühren sein.

**Wir können alles.
Außer Hochschulpolitik.**



Baden-Württemberg

Wer zahlt, redet mit?

Über die Behauptung, „Wer zahlt, redet mit“ (Wahlplakat der Jungen Liberalen bei den letzten Uni-Wahlen) muss man nicht viele Worte verlieren. Die Realität belehrt uns jeden Tag eines Besseren. Echte Mitspracherechte für Studierende sind nach wie vor politisch nicht erwünscht, die Verwendung der Studiengebühren ist da selbstverständlich keine Ausnahme. Warum auch, wenn die Asten in Baden-Württemberg sowieso nur zu Kultur, Musik, Sport und eingeschränkt zu sozialen Themen eine Meinung haben dürfen.

Die Vorstellung, als „Kunde“ könne man entscheiden, wofür man bezahlt, setzt außerdem voraus, dass sich immer beide Seiten entscheiden können, einen Vertrag einzugehen – oder auch nicht. Auf einem freien Markt hat der Kunde die Freiheit, sich unter konkurrierenden Angeboten für das Beste zu entscheiden, und der Anbieter die Freiheit, an jemand anderen oder gar nicht zu verkaufen. Das hat mit dem Recht auf einen Studienplatz, das es heutzutage (wenn auch eingeschränkt) gibt, nichts mehr zu tun.

Kein paniertes Stück Bildung, bitte

Mal davon abgesehen hat uns auch niemand gefragt, ob wir denn überhaupt Kunden unserer Universität sein möchten. Denn wir wollen keine Universität, die sich als Restaurant sieht, in dem Wissen serviert wird. Wir wollen, dass sich die Universität als Bildungseinrichtung sieht. Im Unterschied zu einer Ausbildung, an deren Ende man etwas können will, hat Bildung kein Ende. Wer sich bildet, ist immer auf Suche, er folgt einem Bildungsideal. Kaufen oder verkaufen kann man Bildung nicht, denn sie ist etwas, für das jede und jeder nur selbst verantwortlich sein kann. Sie soll an der Universität im Diskurs der Studierenden und Lehrenden entstehen, ihr Ideal ist der Mensch, der sich und seine Umwelt verstehen will, der immer verstehen will, was der Fall ist und warum es der Fall ist. Einen Bildungsminister haben wir zwar nicht, aber Wissenschaftsminister Frankenberg sieht das erwartungsgemäß anders. In seinen „17 Thesen zur Hochschulentwicklung“ sollen Universitäten nicht für ihre Studierenden, sondern für den Arbeitsmarkt da sein.

Ein Studium wird von Gebührenbefürwortern generell ausschließlich als Investition in die berufliche Zukunft verstanden; die bessere Ausbildung soll später ein höheres Einkommen bringen. Ein Studium verkommt so zur Investition in Humankapital. Das grundgesetzlich verankerte Recht, eine Ausbildung nach Neigung und Begabung durchzuführen, spielt dabei keine Rolle. Und wer nicht für den Arbeitsmarkt studiert, investiert schlecht und wird durch schlechte Rendite bestraft. Deshalb werden gerade Gebühren, die ausschließlich

die ökonomische Komponente des Studiums betonen, zu einer veränderten Studienfachwahl führen, hin zu Fächern, die sich so gesehen „mehr lohnen“ als andere. Das sind nicht nur Mutmaßungen: Acht Jahre nach Einführung der Studiengebühren in Australien mussten sie reformiert werden, um eine Verdrängung der weniger „marktfähigen“ Studiengänge aufzuhalten. Auch auf die Institute selbst und damit das wissenschaftliche Niveau wird die Ausrichtung auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes ihre Wirkung haben. Schließlich soll den Studierenden eine praxisnahe Ausbildung geboten werden, für geistige Höhenflüge ist da kein Platz mehr. So etwas braucht man ja später im Job nicht.

Fazit

Eins sollte klar geworden sein: Bei der Frage „Für oder gegen Gebühren“ geht es auch zum Beispiel um die Frage „gesellschaftlich oder marktwirtschaftlich orientiertes Bildungssystem“. Es geht auch um die Frage, was für eine Rolle die Hochschulen in unserer Gesellschaft spielen sollen und letztlich, was für eine Art von Gesellschaft wir wollen. Es geht wirklich nicht nur um 500€, die du nicht mehr ausgeben kannst.

Dieser Text stützt sich im Wesentlichen auf die Broschüre „Argumente gegen Studiengebühren. Eine Widerlegung von Behauptungen“ vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren. Sie bietet Verweise auf die entsprechenden Untersuchungen und weitere Hintergründe. Download oder Bestellung unter www.abs-bund.de



Zur Verteilung der Studiengebühren

Liebe Studierende,

Die nächste Verteilungsrunde der Studiengebühren steht vor der Tür. Aus diesem Grund haben sich die Studienkommissionen der Fakultäten in den letzten Wochen mit den Anträgen für die zugeteilten Gelder befasst. Eins ist jetzt schon festzustellen:

Fächerübergreifend besteht das Problem, dass die Anträge meist nicht dem entsprechen, was wir als Studierende brauchen und als sinnvolle Verwendung unserer Gebühren ansehen.

Natürlich wird an vielen Stellen Geld benötigt. Aber wenn man nur die Anträge betrachtet, welche eine echte Verbesserung

der Lehre bezwecken, schöpfen sie bei Weitem nicht den Betrag aus, der unseren Fakultäten zugeteilt wird. Wir stehen stattdessen immer wieder vor der Frage, ob wir wirklich mit unserem Geld die Missstände beheben wollen, die durch die Mangelfinanzierung von Seiten des Landes entstanden sind – wenn etwa Geräte beantragt werden, deren Erneuerung das Land seit Jahrzehnten versäumt hat, und es selbst neue Tische und Stühle nur gibt, wenn wir sie selbst bezahlen!

Das Land entzieht sich seit langem seiner Verantwortung gegenüber der Universität und ihren Studierenden. An den Gebäuden der Uni müssten seit Jahrzehnten Sanierungsarbeiten vorgenommen werden. Inzwischen belaufen sich die Kosten hierfür auf

...und daran, dass Studiengebühren
die Lehre verbessern, glaubst
du auch noch?



www.tuewas.org

fast eine halbe Milliarde Euro. Deshalb versickern auch große Teile der Studiengebühren durch Buchungstricks irgendwo im allgemeinen Haushalt der Uni – wir können es ihr nicht einmal übel nehmen. Zudem können wir jetzt schon deutlich beobachten, wie sich das Land noch weiter aus der Finanzierung der Bildung zurückzieht und die entstehenden Lächer mit Studiengebühren – unseren Geldern – stopft.

So ist zum Beispiel die Finanzierung der Tutorien durch das Land kurz vor der Einführung der Studiengebühren eingestellt worden und wird nun aus Studiengebühren wieder eingeführt. Ein Zufall? Kaum.

Es bleibt die Frage, wie lange die Studierenden das Spiel mitspielen wollen. Denn wir sind überzeugt davon, dass kein Studierender – selbst wenn er oder sie die 500 € pro Semester aufbringen kann und will – langfristig in etwas investieren will, bei dem er oder sie kein Mitspracherecht hat (nur die Gnade, angehört zu werden), bei dem dazu mehr als die Hälfte in der Versenkung verschwindet und der Rest nicht für wirklich sinnvolle Verbesserungen ausgegeben werden kann oder darf.

Durch die Arbeit in den Studienkommissionen sehen wir immer deutlicher, wie unausgereift das Konzept der Studiengebühren ist. Die Aufgaben des Landes können nicht einfach von den Studierenden übernommen werden.

Wir fordern das Land Baden-Württemberg deshalb auf, endlich seiner Pflicht nachzukommen, längst überfällige Zahlungen zu leisten, die notwendigen Investitionen zu tätigen und den Studierenden echte Mitspracherechte einzuräumen.

Bildung sollte nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes ein Thema sein. Denn eine Investition in die Bildung ist immer auch eine Investition in die Zukunft eines Landes.

Gezeichnet,

die VertreterInnen in den Studienkommissionen
der Fakultäten Biologie, Mathematik, Geschichte, Ur- und
Frühgeschichte, Empirische Kulturwissenschaften, Kulturwissenschaften, Chemie und Evangelische Theologie

Siegfried Nold

Anwalt des Tübinger Treuhandkontos

Rechtliche Absicherung des Boykotts

Der Tübinger Rechtsanwalt Siegfried Nold hat sich wie beim letzten Boykott dazu bereit erklärt, die notarische Aufsicht über das Treuhandkonto zu übernehmen. Geldtransfers vom und aufs Konto können nur mit dem gemeinsamen Einverständnis der FSVV und ihm durchgeführt werden. Zusätzlich sorgt Herr Nold mit für den risikolosen Ablauf des Boykotts und für die fristgerechte Überweisung der studentischen Beiträge an die Uni im Falle seines Scheiterns. Wie sich beim letzten Boykott gezeigt hat, funktioniert diese Zusammenarbeit verlässlich und fehlerfrei, so dass niemand befürchten muss, sein Geld würde nicht am Zielpunkt ankommen.

Grußwort des Anwalts:

„Mit meiner Unterstützung des Boykotts folge ich meiner Überzeugung, dass die Erhebung von Studiengebühren ein falscher bildungspolitischer Weg ist. Gerade das letzte Jahr hat gezeigt, dass mit Studiengebühren die versprochene Verbesserung der Studiensituation ausbleibt. Studiengebühren wurden von vorn herein dazu benutzt werden, landesverschuldete Finanzlöcher zu stopfen. Auch hat es die Landesregierung versäumt, durch eine Nachbesserung des Hochschulrahmengesetzes die am meisten benötigte Verbesserung, nämlich die Einstellung neuen Lehrpersonals zu ermöglichen. Die schon bisher gültigen Argumente wie die soziale Unverträglichkeit von Studiengebühren behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Der Boykott ist also sinnvoll und die beste Möglichkeit, den studentischen Protest gegen Studiengebühren hörbar zu machen.

Bereits in den Jahren vor dem Boykott gegen Studiengebühren habe ich mit der Verwaltung von Treuhandkonten Erfahrung sammeln können. Die FSVV und ich arbeiten, wie auch im letzten Jahr, verlässlich zusammen. Für Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Ich wünsche den Studierenden der Uni Tübingen alles Gute beim Erreichen des Quorums!

Solidarische Grüße

Siegfried Nold

Rechtsanwalt
Mühlstrasse 14
72074 Tübingen

Unterstützung des Boykotts

PD Herbert Truckenbrodt Ph.D
(Sprachwissenschaft)

Liebe Studenten,

hier möchte ich die Verwendung des Treuhandkontos als ein Mittel des Protests gegen die Studiengebühren unterstützen. Auf unterer Ebene, in der Studienkommission der Neu-philologie, konnte ich sehen, dass (zumindest in diesem Rahmen) durchaus im Sinne der Verbesserung der Studiensituation über den Einsatz der Studiengebühren entschieden wurde. So gehe ich davon aus, dass zumindest ein Teil der Studiengebühren sinnvollen Einsatz findet. Gleichzeitig aber ist im Anfang dieses Prozesses bereits sehr deutlich geworden, welche Richtung das nimmt und auch schon ein gutes Stück weit genommen hat: Auf allen Ebenen, einschließlich weiter oben, wird umgeschichtet. Geld, das zuvor gleichzeitig für Forschung und Lehre (und Anderes) verwendet werden konnte, wird jetzt mehr für Forschung (und Anderes) verwendet, und die Lücken in der Lehre werden durch Studiengebühren gestopft.

Das hat zur Folge, dass die Studiengebühren im Effekt dem Haushalt der Universität (bzw. der zentralen Verwaltung bzw. der Fakultäten) zugeschlagen werden. Seit Jahren erhält die Uni Tübingen jedes Jahr vom Land Baden-Württemberg eine feste Summe, den Etat der Universität, der nicht für Inflation oder andere steigende Kosten angepasst wird. Durch die Inflation und die steigenden Kosten aber schrumpft das Geld, das die Universität und ihre Teile im Effekt zum Wirtschaften haben. Statt einer Anpassung des Etats an die Gegebenheiten durch das Land werden die Kosten jetzt zunehmend durch die Studiengebühren gedeckt. Das scheint mir sehr ungerecht, insofern die Kosten hier auf die abgewälzt werden, die es mit geringem Stundenlohn und also besonders harter Arbeit verdienen müssen: die Studenten.

Es ist abzusehen, dass diese Umschichtungen zunehmend größere Anteile der Studiengebühren schlucken werden, und keineswegs ausgeschlossen, dass die Studiengebühren erhöht und nochmal erhöht werden, um die entsprechenden Lücken zu füllen. Jetzt, noch relativ am Anfang dieses Prozesses, ist ein besonders guter Zeitpunkt, es zum Ausdruck zu bringen, wenn man damit nicht einverstanden ist.

Es scheint mir in keiner Weise radikal, sondern ein normaler, moralisch einwandfreier Akt der Stellungnahme, dies zum Ausdruck zu bringen, indem man seinen Betrag auf das Treuhandkonto einzahlt. Sie können übrigens auch allgemeiner davon ausgehen, dass es auf allen Ebenen der Universität Personen gibt, die vor dem Hintergrund der Umschichtungen Verständnis für Unmut über Studiengebühren haben.

Auch dort, wo Umschichtungen vorgenommen werden, ist dies vermutlich nicht aus schlechtem Willen sondern finanziellen Zwängen. Ohne einen klaren Protest der Studierenden dagegen hat allerdings niemand eine Handhabe, dieses weiter nach oben und in die Politik zurück zu tragen. Das Treuhandkonto scheint gut organisiert und mit der Leitung der Universität koordiniert zu sein, sodass ich hier keine Gefahr sehen würde, letztlich als jemand dazustehen, der/die etwas Illegales tun würde.

Mein Rat also: Bilden Sie sich eine Meinung, und wenn Sie gegen die Studiengebühren sind, dann nehmen Sie Ihren Mut zusammen, und legen Sie Ihre Meinung in die Waagschale.

PD Hubert Truckenbrodt, Ph.D.

Seminar für Sprachwissenschaft

Landeslehrpreis Uni Tübingen, 2006

Die rote oder die blaue Pille?

Der Arbeitskreis Freie Bildung hat vor Kurzem einen kleinen Film gedreht, welcher auf der Studentischen Vollversammlung am 20.11. seine Premiere fand.

Dieser Film ist unter anderem auf unserer Homepage und auf YouTube abrufbar. Schaut einfach mal rein:

www.tuewas.org

Personalrat der Universität Tübingen

Wie wirken sich die Studiengebühren auf die Situation der Beschäftigten der Universität Tübingen aus?

Die Studiengebühren sind auch bei den Beschäftigten der Universität Tübingen nicht unumstritten.

Das liegt unter anderem daran, dass viele Beschäftigte studierende Kinder haben, die Studiengebühren zahlen müssen. Wenn man sich die Einkommensverhältnisse und Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst der letzten Jahre ansieht, kann man die direkte Betroffenheit dieser Gruppe sicher gut nachvollziehen. Gleichzeitig fällt auf, dass der Anteil der in der Universität befristet Beschäftigten in den vergangenen Jahren gestiegen ist.

Was hat das mit Studiengebühren zu tun?

Zu beobachten ist, dass es in der Vergangenheit einen Serviceabbau gegeben hat, auch dadurch ermöglicht, dass befristet eingestellte Mitarbeiter keine Verlängerung ihres Arbeitsverhältnisses erhalten haben. Die Universität hat seit 1996 über den Solidarpakt Mindereinnahmen in Höhe von 10% ihrer Stellen!

Durch die Zahlung der Studiengebühren, die mit dem Versprechen eingeführt wurden, die Gelder zur Verbesserung von Forschung und Lehre zu verwenden, sind die Studenten aber auch nicht mehr bereit, einen verschlechterten Service zu akzeptieren und haben gestiegene Erwartungen. Das führt dazu, dass die Reduzierung des Service durch Stellenabbau in vielen Bereichen der Universität dadurch aufgefangen wird, dass Studenten nun mit Hilfe ihrer von Ihnen selbst gezahlten Ge-

bühren diese Arbeitsplätze übernehmen. Das ist nicht im Sinn der Beschäftigten und sicher auch nicht im Sinn der Studenten! Die Auswirkungen, die der Abbau von regulären Arbeitsplätzen für die Gesellschaft hat sind nachhaltig und Ausdruck eines sich wandelnden Arbeitsmarktes mit allen negativen Auswirkungen.

Angela Heynen
Personalrat der
Universität Tübingen

Wenn ihr euch einbringen wollt, kommt **montags um 20 Uhr c.t.** oder **donnerstags um 18 Uhr c.t.** ins Clubhaus zu den Sitzungen oder tragt euch in die Helferlisten im Clubhaus ein.

Eure **Datenkontrollblätter** könnt ihr an den Ständen in den Mensen, beim AK selbst oder beim Briefkasten am Clubhaus abgeben.

Grußadresse an die Tübinger Studierendenschaft

Prof. Dr. Gert Ueding (Rhetorik)

Die Nachricht, daß endlich auch wieder deutsche Studenten aufbegehren, nach Gründen und Zwecken politischer Entscheidungen fragen und nicht mehr alles hinnehmen, was ihnen von oben verordnet wird, hat mich gefreut. Ich möchte Sie alle zu einer kritischen, auch – wenn nötig – einer aufsässigen Haltung ermuntern. Dafür gibt es schließlich genug Anlässe, nicht nur das Studiengeld; auch die un-

verantwortliche Demontage der deutschen Universität, die den größten Teil der Studentenschaft von der Forschung gänzlich ausschließt, die Ausbildung verschlechtert und die Universitäten zudem der Wirtschaft ausliefert (weshalb in Frankreich die Universitäten von den Studenten und Studentinnen bestreikt werden!). Wir, Ihre Dozenten und Professoren, sollten Genugtuung darüber empfinden, wenn Sie sich nicht mehr widerstandslos jeder Zumutung beugen, denn kennzeichnend für alles produktive Denken (und was anderes könnten wir Ihnen vermitteln wollen?) ist sein Widerspruch zur Realität und nicht die Anpassung an sie.

Prof. Dr. Gert Ueding

Seminar für Allgemeine Rhetorik

Grußwort an die Tübinger Studierendenschaft

apl. Prof. Dr. Ute Planert (Geschichte)

Das einzige, was die Lehre dauerhaft verbessert, ist die dauerhafte Einstellung von qualifizierten DozentInnen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Studiengebühren dürfen für alles ausgegeben werden, nur nicht für das dringend benötigte Personal. Tutoren sind keine Lösung. In Geschichte haben wir durch die Kürzungen der letzten Jahre mittlerweile den Personalstand von Mitte der sechziger Jahre. Viel Erfolg und viele Grüße,

apl. Prof. Dr. Ute Planert
(Historisches Seminar)

Datenkontrollblatt (nur für Studierende der Uni Tübingen)

Bitte in Blockschrift ausfüllen!

Name:

Vorname:

Matrikel-Nr.: Überwiesen am:

Geburtsdatum:

Heimatanschrift

Strasse, Nr.:

PLZ, Stadt:

Bitte für Rückfragen angeben (z.B. Information über Zahlungseingang):

Telefon: /

E-Mail:

Bankverbindung Für die Rücküberweisung der 500€ unbedingt erforderlich!

Konto-Nr.: BLZ:

Bank:

Bitte überweisen Sie, falls der Boykott scheitert, die 602€ nicht an die Universität, sondern auf das oben aufgeführte Konto. Ich bin mir bewusst, dass ich in diesem Fall nicht für das SS 2008 zurückgemeldet bin.

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis, dass das von mir eingezahlte Geld in mündelsicheren Anlagen festverzinslich angelegt wird und dass die Zinseinnahmen zur Deckung der Kosten für die Treuhandkontoaktion an den Verein zur Förderung studentischer Zusammenschlüsse e.V. (Trägerverein der Fachschaften-VV) gespendet werden. Wenn die Zinseinnahmen die Ausgaben überschreiten sollten, wird der Restbetrag an das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (abs) gespendet. (ggf. streichen)

Für die Richtigkeit der Angaben:

Ort, Datum

Unterschrift